

**A N T R A G**

der Abgeordneten **Mag. Motz** und **Mag. Wilfing**

zum Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing u. a. betreffend geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie, Ltg. Zl. 374

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Die Z. 2 des Antragstextes lautet:

„2. Eine durch die schrankenlose Einführung des Herkunftsland-Prinzips bewirkte „InländerInnen Diskriminierung“, die zum einen durch geringere Befähigungsnachweise aus dem Herkunftsland zu einer Diskriminierung der heimischen Dienstleister führt, zum anderen zu einer weit reichenden Rechtsunsicherheit auf Seiten der Leistungsempfänger führt, soll hintangehalten werden.“

2. Der Z. 4 des Antragstextes wird folgende Z. 5 angefügt:

„5. Die Bestimmungen der Entsenderichtlinie für die im Zusammenhang mit der Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen entsendeten Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sollen vollständig aufrechterhalten werden.“